



Altdorf, 26. Juni 2013

## **Postulat zur Verordnung über die Pensionskasse, Artikel 13 *Freiwillige Überbrückungsrente.***

---

**Herr Präsident  
Meine Damen und Herren**

**Im Namen der SVP Fraktion reiche ich ein Postulat zur Verordnung über die Pensionskasse, Artikel 13, *Freiwillige Überbrückungsrente* ein.**

### **Ausgangslage:**

Nachdem das Vernehmlassungsverfahren abgeschlossen ist, diskutieren wir heute über die Totalrevision der Verordnung über die Pensionskasse Uri (PKV). Bereits im Vorfeld zur heutigen Landratssession hat insbesondere der Antrag der Finanzkommission, die „Freiwillige Überbrückungsrente“ (Art. 13 der PKV) zu streichen, für heftige Reaktionen gesorgt. Die Streichung der Finanzierung der Überbrückungsrente bereits auf den 01.01.2014 käme für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unerwartet. Zumal bei der letzten Revision der PKV, die Überbrückungsrente als flankierende Massnahme gestärkt wurde. Diese von der Finanzkommission vorgeschlagene Regelung wäre für die Arbeitnehmenden einschneidend und die schnelle Inkraftsetzung ohne eine Übergangsregelung nicht Ausdruck einer verlässlichen Partnerschaft zwischen den Sozialpartnern. Die Reaktionen der verschiedenen Personalverbände sind deshalb verständlich.

Trotzdem sind wir aber der Meinung, dass eine breite Diskussion über die Überbrückungsrente geführt werden soll.

Im heutigen wirtschaftlichen Umfeld, mit der zukünftigen Entwicklung der Altersstruktur, aber auch mit dem hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften erscheint es uns wichtig, dass wir für die Zukunft Lösungen finden. Der Abgang von Arbeitskräften bedeutet auch immer Wissensverlust.

Auch die Diskussion auf Bundesebene - angestossen durch (SP) Bundesrat Alain Berset - zeigt, dass die Prüfung von sozialen Fragen kein Tabuthema sein darf.

Ich möchte nochmals betonen, dass die SVP Fraktion mit diesem Postulat eine sachliche, breite Diskussion zum Thema Überbrückungsrente ermöglichen will. Wobei allenfalls auch weitere bzw. andere sozialverträgliche Lösungen für Frühpensionierungen aufgezeigt werden.

## Antrag:

Gestützt auf Artikel 119 ff der Geschäftsordnung des Urner Landrates, wird der Regierungsrat ersucht, zu folgenden Fragen Bericht zu erstatten:

- Es ist aufzuzeigen welche finanziellen- und personellen Auswirkungen eine Streichung der Überbrückungsrente für den Kanton Uri hätte?
- Gibt es andere Modelle um Frühpensionierungen sozialverträglich zu lösen? Welche Lösungen kennen andere Kantone?
- Wie sieht die Altersstruktur bei der Kantonalen Verwaltung aus?
- Können unter den verschiedenen Berufsgruppen auch unterschiedliche Lösungen für allfällig freiwillige Überbrückungsrenten angestrebt werden?
- Prüfung einer durch den Arbeitnehmer vorfinanzierte Zusatzvorsorge?

Auf Grund der dargelegten Überlegungen und diesem eingereichten Postulat, zeigt sich dementsprechend das Abstimmungsverhalten der SVP Fraktion bei Artikel 13 der PKV. Die SVP Fraktion wird beim heutigen Geschäft 5.1 Verordnung über die Pensionskasse Uri, am Fiko Antrag, Artikel 13 zu streichen, grossmehrheitlich **nicht** zustimmen.

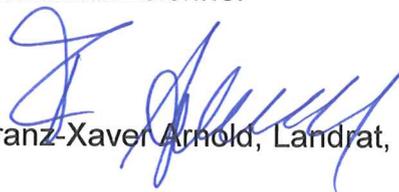
Ich danke dem Regierungsrat, auch im Namen des Zweitunterzeichners Franz-Xaver Arnold, für die Behandlung des Postulats.

Erstunterzeichner



Simmen Petra, Fraktionspräsidentin SVP

Zweitunterzeichner



Franz-Xaver Arnold, Landrat,